

Kommentare

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **64 (1984)**

Heft 9

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Demokratie in Lateinamerika?

Skeptische Anmerkungen zu einem «Trend»

Im Oktober des letzten Jahres überraschten die argentinischen Wähler die Welt mit einem bemerkenswerten Votum, das den bisherigen Höhepunkt in einer seit etwa zehn Jahren feststellbaren Rückbesinnung Lateinamerikas auf demokratische Staats- und Regierungsformen bildet. Eine in Ratlosigkeit und (vielleicht von dieser verursachten) Gewalttätigkeit gefangene Militärherrschaft wurde abgelöst von einer *formal* über jeden Zweifel erhabenen Präsidentialdemokratie nach amerikanischem Muster; in einer in diesem Ausmass völlig unerwarteten, von hohem Verantwortungsbewusstsein getragenen «Demonstration» wurde der seit vierzig Jahren durch das Land geisternde, immer wieder zaghaft demokratische Ansätze zerstörende Peronismus an den Urnen zurückgewiesen. *Raúl Alfonsín*, der charismatische Führer der traditionsreichen Radikalen Partei, wurde zum neuen Staatsoberhaupt gewählt. Argentinien war damit gleichsam zu den Ursprüngen seiner Entwicklung zum modernen Staat zurückgekehrt, die Wähler drückten mit ihrer Vertrauensbezeugung für die Radikalen ihren Willen zum Neubeginn aus: Nach der Verirrung in Chaos, Diktatur und Regierungsunfähigkeit riefen sie die Radikale Bürgerunion, die anfangs des Jahrhunderts die Grundlagen für eine argentinische De-

mokratie gelegt hatten, zu deren «Neugründung» auf.

Argentinischer Neubeginn

Ist mit dem mutigen Auftrag, nochmals von vorne zu beginnen, die Spirale des Übels endlich abgebrochen? Kann Argentinien seine Chance nutzen und wieder Demokratie werden? Die Fragen können ehrlicherweise noch gar nicht beantwortet werden. Hingegen sollen einige Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen dem ersten und dem heutigen Anlauf der Radikalen erwähnt werden, um Ansätze zum Thema dieses Versuches über die Schwierigkeiten Lateinamerikas mit der Demokratie zu finden. Argentinien war zur Jahrhundertwende ein aufstrebendes, Reichtümer verheissendes Einwanderungsland; für Millionen verfolgter, von wirtschaftlicher Not bedrängter oder einfach abenteuerlustiger Europäer aus Italien, Spanien, England und Deutschland wurde es, ähnlich wie schon etwas früher die Vereinigten Staaten für andere Auswanderer vom Alten Kontinent, zu einem Land der Verheissung, in gewisser Hinsicht auch zu einem «melting pot». Das heutige Argentinien ist – wenn auch im lateinamerikanischen Vergleich immer noch relativ wohl-

habend, unberührt auch nach wie vor von ethnischen Gegensätzen und tiefgreifenden sozialen Spannungen – nach schmachvollem politischem Niedergang von Zweifeln erfüllt, leidet an einer wirtschaftlichen Krise, die an die Weimarer Republik erinnert. Der Lebensstandard der breiten Mittelschichten ist in den letzten Jahren beträchtlich gesunken. Das sind keine günstigen Voraussetzungen. Demokratie erscheint den heutigen Argentinern als letzte Hoffnung und nicht wie ihren Grosseltern zu Anfang des Jahrhunderts als Verheissung für die Zukunft.

Alfonsín steht vor einem fast ausweglosen Dilemma: Er muss eine tief verwundete Nation mit sich selbst veröhnen, aber seine Wähler fordern Sühne für begangene Greuelthaten; er müsste zur Überwindung der ökonomischen Krise seinem Land eine eigentliche Rosskur verschreiben, steht aber unter einem gewaltigen Erwartungsdruck, weil jedermann «bessere Zeiten» herbeisehnt. *Alfonsín* und mit ihm die Demokratie haben nur dann eine Möglichkeit zum Überleben, wenn die Wechselbäder der politischen Vergangenheit die Argentinier so gründlich ausgenüchert haben sollten, dass sie endlich zu geduldiger, auf das Gesamtwohl ausgerichteter Aufbauarbeit bereit wären. Gerade in dieser Hinsicht ergeben sich Zweifel.

Es muss vermutet werden, dass die Radikale Partei ihren Wahltriumph nicht ihrem Programm – annäherungsweise eine Mischung von sozialdemokratischen und liberalen Elementen – verdankt, sondern ihrer überragenden Führerpersönlichkeit, der es gelang, deutlich auseinanderstrebende Tendenzen innerhalb der «Bürgerunion» – vorübergehend? – auf sich zu ver-

pflichten. Im Gegensatz dazu stand dem Peronismus, einer noch weit heterogeneren Ansammlung von Gruppeninteressen, kein starker Vorsitzender zur Verfügung, der kraft seiner persönlichen Ausstrahlung die parteiinternen Widersprüche wenigstens bis zur Erlangung der Macht hätte überwinden können. Ohne einen «Caudillo» aber, das zeigt die argentinische Geschichte im Guten wie im Bösen, sind keine Mehrheiten zu erringen: Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war es *Hipólito Irigoyen*, der 1916 die Radikalen für 14 Jahre an die Regierung brachte; 1943 schlug die Stunde *Juan Peróns*, der sich eine eigene Massenbasis erst schaffen musste, bevor er Wahlen gewinnen konnte; und 1983 scheint nach einer weiteren vom Militär bestimmten Periode ein neues «Caudillo-Kapitel», unter *Alfonsín*, begonnen zu haben. Als Konstanten der argentinischen Politik – erst recht, wenn man auch das 19. Jahrhundert in die Betrachtung einbezieht – lassen sich, um schlagwortartig eine später zu begründende These einzuführen, Militarismus und Personalismus erkennen. Parteien im europäischen Sinne gibt es nicht; was sich als Partei jeweils vor Wahlen formiert, ist entweder ein Bündel verschiedenster «Ideologien», Interessen und Persönlichkeiten, das sich zum Zweck der Machterringung hinter einem «Führer» zusammenschliesst, oder es ist, wie im Fall des Peronismus, ein populistisches Akklamationsinstrument, das ein Caudillo, der durch Staatsstreich die Macht bereits an sich gerissen hat, dank seines Charismas oder durch Repression erwirbt. Was hier für Argentinien konstatiert wird, gilt im weitesten Sinn für ganz Lateinamerika.

Phantom-Europäer

An der argentinischen Geschichte lässt sich eine zweite lateinamerikanische Eigentümlichkeit aufzeigen, die man als Ideologieimport bezeichnen könnte. Noch heute betonen gebildete Argentinier mit der Intensität eines Glaubensbekenntnisses, dass sie eigentlich Europäer und nicht Lateinamerikaner seien. In der Tat kann etwas vereinfachend festgestellt werden, dass das Land nach der Abschüttelung des spanischen Kolonialjoches in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts sich aus vorwiegend wirtschaftlichen Gründen zu einem Teil des britischen Empire entwickelte, der zwar formal unabhängig, ökonomisch aber fast vollständig eingebunden war in die Interessen Londons. Die Engländer bauten die argentinischen Eisenbahnen und andere Zivilisationseinrichtungen, sie führten moderne Zuchtmethoden in die Viehwirtschaft ein, und sie kontrollierten den Aussenhandel.

Da die argentinische Wirtschaft nach den Bedürfnissen des britischen Weltreiches strukturiert wurde und sich beinahe vollständig nach aussen orientierte, wurde folgerichtig die wichtigste Hafenstadt des Landes zu seinem «Zentrum». Buenos Aires als kulturelle und wirtschaftliche Metropole wurde zur einzigen lateinamerikanischen Weltstadt, die wie ein Magnet die Menschen anzog, weil sich hier am leichtesten Arbeit und Erfolg finden liessen. Das riesige Hinterland blieb leer, seine Schätze wurden kaum «angekratzt»: In Argentinien konnte sich, ganz im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, keine «frontier» und kein «frontier spirit» ausbilden. Die

Elite und die Mittelschichten orientierten sich in ihren Ansprüchen und in ihrem Lebensstil – und in ihren politischen Ansichten – nach Europa, später nach Nordamerika. Sie nahmen Ideen von dort, etwa das allgemeine Wahlrecht und pluralistische Machtverteilung, auf, sie schrieben «europäische» Verfassungen, auch wenn diese den argentinischen Möglichkeiten gar nicht entsprachen. Die Bewohner des Landesinnern (und später die Arbeiter), die nicht vom Aussenhandel und der auf ihn ausgerichteten Wirtschaft profitieren konnten, blieben ihrem kreolischen Erbe verhaftet, das sich politisch in der alten spanischen Klientelwirtschaft, in der Hazienda, in Führungsansprüchen lokaler Caudillos, wenn man will in Militarismus und Personalismus ausdrückte. *Irigoyen* verwirklichte die politischen Ideen der nach aussen gewandten Ober- und Mittelschichten, mit *Perón* brachen sich die nationalistischen und isolationalistischen Kräfte der Unterschichten, der Landbewohner und der Arbeiter politisch Bahn (wenn auch nicht übersehen werden darf, dass auch *Perón* ideologische Anleihen im Ausland, beim italienischen Faschismus, aufnahm). Argentinien war endgültig zum Konflikt zwischen «eingeborenen» und «äusseren» politischen Konzepten verdammt. Es muss sich weisen, wie *Raúl Alfonsín* sich zwischen den beiden Polen bewegen kann; ohne harte Auseinandersetzungen wird er seinen Weg nicht finden können.

Stürzende Juntas

Wendet man den Blick von Argentinien auf den gesamten lateinameri-

kanischen Subkontinent, so zeigen sich markante Parallelen der politischen Entwicklung der jüngsten Zeit. Nach einer Epoche der Militärherrschaft kehrten im Laufe des letzten Jahrzehnts zahlreiche Länder zu zivilen Formen der Machtausübung zurück oder befinden sich auf dem Weg dazu: Peru, Ecuador, Panama, Argentinien, Brasilien, Uruguay. Ob damit gleichzeitig eine Art Wiederentdeckung des Prinzips der Legitimierung von Regierungen durch den Volkswillen oder gar ein fundamentaler Sieg der Demokratie stattfindet, lässt sich noch keineswegs erkennen. Zu oft schon ist in Lateinamerika seit der Emanzipierung von iberischer Kolonialherrschaft das Wort «Demokratie» missbraucht worden, haben Alleinherrscher und als «Volksparteien» getarnte Vertretungen von Partikularinteressen schon Schindluder getrieben mit den Wählern; zu oft schon sind hoffnungsvolle Ansätze zu wirklicher Demokratie von «Revolutionen» und Putschen an ihrer Entfaltung gehindert worden. Sucht man nach den Motiven der weitherum von regierenden Militärs eingeleiteten oder bereits abgeschlossenen «Redemokratisierung», so fällt neben unterschiedlichen innerstaatlichen Beweggründen für eine Rückkehr in die Kasernen (Scheitern eines «aufgeklärten» Herrschaftsmodells, katastrophale Wirtschaftslage) ein gleichsam kontinental als Verpflichtung empfundener Anstoss auf. Von gemäßigten Reformgenerälen bis zu abgebrühten Gwalt herrschern wird in der einen oder anderen Weise Rücksicht genommen auf die «Wünsche» der regionalen Vormacht, der Vereinigten Staaten.

Präsident *Carter* machte seinerzeit

die Menschenrechte zum Hauptinhalt seiner Lateinamerikapolitik, aber auch sein Nachfolger dringt, wenn auch in dezenterer und pragmatischerer Form auf eine «Zivilisierung» und Demokratisierung der politischen Formen südlich des Rio Grande. Was aber in Washington zur Maxime erhoben wird, muss im wirtschaftlich von amerikanischen Interessen durchdrungen und politisch durch die *Monroe*-Doktrin zum besonderen Schutzraum erklärten südlichen Teil der Hemisphäre immer Wirkung zeitigen. Auch in den sechziger Jahren beispielsweise gaben die USA einen entscheidenden Impuls für politische Bewegung: Nach der kubanischen Revolution und einer sich aus ihr entwickelnden virulenten Guerilla-Welle war es nicht zuletzt nordamerikanische Ausbildungs- und Waffenhilfe, die im Zeichen des Kampfes gegen die Einflüsse *Castros* und des «Kommunismus» die Militärs zur Aktion ermutigte.

Überspitzt liesse sich formulieren, dass vor zwanzig Jahren die südamerikanischen Streitkräfte (wie heute manche zentralamerikanischen) das Eindringen einer neuen Ideologie zu bekämpfen vorgaben, während sie jetzt einer möglicherweise dem Selbstverständnis der Region ähnlich fremden Regierungsform Platz zu machen für angebracht halten: Damals Kommunismus, heute Demokratie. Der allerdings gewichtige Unterschied ist, dass der Begriff «Demokratie» demjenigen des «Kommunismus» oder «Sozialismus» an prägender Kraft insofern überlegen sein dürfte, als er ein gutes Jahrhundert länger zum stilistischen Inventar der lateinamerikanischen Politik gehört. Die auf den ersten Blick gewagte These von der

grundsätzlichen Fremdheit des demokratischen wie des marxistischen Ideengutes (wobei beides sehr allgemein verstanden ist) verliert an provozierender Schärfe, wenn man bedenkt, dass die kleinen politischen Eliten, die anfangs des letzten Jahrhunderts den Kontinent vom iberischen Kolonialismus befreiten, sich zu ihrem Aufstand von den Grundsätzen der Französischen Revolution und der Verfassung der Vereinigten Staaten bewegen liessen. In den dreissiger und vierziger Jahren dieses Jahrhunderts übte in einigen Ländern zeitweise der europäische Faschismus eine vergleichbare Faszination aus; *Getulio Vargas* in Brasilien und *Juan Perón* in Argentinien orientierten sich bei der Durchführung ihrer Reformen am Vorbild *Mussolinis*. Damit wird (ähnlich wie bereits am Beispiel Argentiniens) eines der Wesensmerkmale der politischen Geschichte Lateinamerikas offenkundig: In den letzten 150 Jahren waren es häufig äussere Einflüsse, die das Geschehen prägten, ohne dass sich aber eines der übernommenen geistigen Modelle endgültig durchzusetzen vermocht hätte. Vielmehr gewinnt man den Eindruck, dass sich im Laufe der Zeit ein ganzes Arsenal an Regierungskonzepten angesammelt hat, aus dem von Fall zu Fall die passende «Theorie» zur Rechtfertigung der faktischen Machtausübung oder zur Einleitung einer «neuen» Bewegung ausgewählt wird. Ein hervorragender deutscher Kenner Lateinamerikas, *Klaus Lindenberg*, spricht in diesem Zusammenhang von der «additiven Integration» verschiedenster politischer Verhaltensweisen. An eine solche Feststellung muss sich dann aber die Frage anschliessen, ob es denn nicht eine Ur-

form politischen Handelns oder eine umfassende strukturelle Klammer der lateinamerikanischen Politik gebe.

Katastrophenmentalität

Mehr als wiederum einige ganz allgemeine Hinweise können in diesem Rahmen nicht gegeben werden. Ein oberflächliches Muster lateinamerikanischer Geschichte und Aktualität lässt sich aus Begriffen wie Eroberung, Revolution, Caudillo, Gewalt zusammenstellen. Ausgehend vom Kulturschock, den die Zerstörung der grossen Reiche der Inkas und Azteken durch die Conquista hinterliess, ist schon versucht worden, im täglichen politischen Verhalten der Lateinamerikaner eine Art von Katastrophenmentalität nachzuweisen. Vulkanausbrüche, Erdbeben, Überschwemmungen in der natürlichen, Machtkämpfe, Putsche, Korruption in der politischen Umwelt hätten nach dieser völkerpsychologischen Anschauung im Menschen ein tiefes Gefühl des Ausgeliefertseins, der Abhängigkeit und der Ohnmacht entstehen lassen, das andererseits auch die Wurzel für eine ausgeprägte, letztlich irrationale Hoffnung der unterdrückten und ausgebeuteten Massen auf einen Erlöser, auf einen grossen Führer, auf die überragende Einzelpersönlichkeit wäre. Schon die Hochkulturen in Mexiko und Peru empfingen die spanischen Eroberer als die zurückkehrenden weisen Götter ihrer Mythologie. Die katholischen Missionare boten dann Christus als Gnadenspende und das Paradies als «Preis» für irdische Mühsal an, und die fast heiligenmässige Verehrung der argentinischen Unterschichten für *Evita* und

Juan Perón liesse sich als säkularisierter Mythos aus neuester Zeit anfügen. Im Kontext einer Demokratie-Diskussion könnte sich daraus der Schluss ergeben, dass es in Lateinamerika als weitgehend «sinnlos» erachtet wird, an einem System ausgleichender Gerechtigkeit zu arbeiten, die Macht und das Ansehen und die Habe, über die man aus unerforschlichem Zufall gerade verfügt, zu teilen und in eine unsichere Zukunft zu investieren; denn die nächste Katastrophe, der nächste Putsch werden alles wieder dahinraffen – worauf dann irgendwann ein neuer Glücksfall, ein Treffer in der Lotterie, ein ämterverteilender Präsident wieder eine Wende zum Guten bringen.

Mit der «romantischen» Evozierung eines diffusen Fatalismus, der jederzeit in Gewalttätigkeit ausbrechen kann, ist nicht mehr als die Beschreibung eines Klimas gegeben, das sich allerdings als grundsätzlich antidemokratisch erweist. Damit ist aber keineswegs erklärt, warum sich die menschlich-politische Atmosphäre, alles in allem genommen, in den letzten fünf Jahrhunderten nicht oder kaum verändert hat. Solche «Stabilität», solches Erstarren sind nur möglich, wenn sie von starken und offenbar praktisch unüberwindlichen Strukturen abgesichert sind. Diese Behauptung führt zunächst zu einem scheinbaren Widerspruch, erweist sich doch die politische Landschaft Lateinamerikas als chaotisch und von Zufällen bestimmt.

Zur Klärung muss noch einmal ein historischer Exkurs unternommen werden; es ergibt sich dabei, dass nicht allein dreihundert Jahre Kolonialherrschaft bis in die Gegenwart hinein wirken, sondern dass schon die politischen Formen der indianischen Hoch-

kulturen ihrerseits fast fugenlos in die Herrschaftsmodelle der iberischen Conquista übergegangen sind. Was die Eroberer antrafen, waren in Peru und in Mexiko absolutistische Reiche, die von einem gottähnlichen Herrscher mit Hilfe von Priestern, Kriegeren und Beamten bis in die einzelne Untertanenhütte hinab kontrolliert wurden. In anderen Gebieten, etwa im heutigen Kolumbien, war es noch nicht so weit; wie im mexikanischen Hochland vor dem endgültigen Durchbruch der aztekischen Reichsidee bestanden hier kleinere Stadtstaaten, die sich gegenseitig bekriegten, und übten regionale «caziques» (Häuptlinge) ihre Macht aus. Die Spanier kamen im Auftrag eines fernen und darum in fast metaphysische Höhe entrückten Königs, dessen Soldaten und Priester die eroberten Länder regierten. Zur straff organisierten kolonialen «Hochkultur» brachten sie es jedoch nie, dazu fehlte der personelle Apparat; also blieb es bei einer Aufteilung der Macht unter einzelne Kaziken (die indianische Bezeichnung lebt nicht zufälligerweise fort und wird noch heute für lokale politische Führer verwendet).

Von Kaziken zu Caudillos

Kampf um Vorrechte und um die Bodenschätze des unterworfenen Kontinents kennzeichnete die «politische» Geschichte der Kolonien. Eroberer zogen mit ihren in der Hoffnung auf reiche Beute vereinten Kriegerscharen durch Gebirge und Urwälder. Wo sie sich niederliessen, erhielten oder besetzten sie im Namen des Königs sogenannte «Encomiendas», Landstriche mitsamt ihren Bewohnern. Der Inha-

ber einer Encomienda war Herr über Leben und Tod, über das (vor allem auf Ausbeutung und nicht auf Investition und Aufbau gerichtete) wirtschaftliche und das soziale Geschehen auf seinen Ländereien, er übte als Einzelherrscher politische Macht aus, beanspruchte Loyalität und sorgte für die Sicherheit seiner Untertanen – er ist die Urform des Caudillo. Die mangelnde Integrationskraft der Kolonialverwaltung ermöglichte die Entstehung lokaler und regionaler Machtzentren. Das änderte sich nicht nach Erlangen der Unabhängigkeit, waren es doch im wesentlichen die Grundherren und Kaziken, die mit ihren Banden und Truppen den Krieg gegen Spanien führten und gewannen. Prägendes Merkmal der Eroberung wie der auf sie folgenden Jahrhunderte war die totale Macht des Einzelnen und die ebenso totale Abhängigkeit der vielen von ihm. Die kleinen städtischen Eliten, auf deren Kontakt mit den Ideen der Französischen Revolution und der nordamerikanischen Unabhängigkeit die Emanzipierung vom Mutterland zurückging, entwarfen nun zwar für die entstandenen Einzelstaaten kühne Verfassungen, die sie dem Machtanspruch der von Caudillos beherrschten Landoligarchie entgegenstellten. Da sie aber zunächst keineswegs ein allgemeines Wahlrecht verfochten, sondern im Gegenteil auf die Wahrung eigener Positionen bedacht waren, entstand aus der Unabhängigkeit kein breiter nationaler Konsensus, der die Basis für eine langsame Entwicklung zur Demokratie hätte bilden können (was etwa der gleichzeitigen Geschichte Europas entsprochen hätte). Politik blieb das Vorrecht von Klubs der ländlichen Konservativen

und der städtischen Liberalen, ein Modell, das sich *mutatis mutandis* bis heute in vielen Ländern Lateinamerikas erhalten hat.

Aus den Machtkämpfen in der politischen Elite, die sich weitgehend um den Einfluss in einzelnen Ortschaften und Regionen abspielten, erhoben sich im Laufe des 19. Jahrhunderts besonders starke Caudillo-Persönlichkeiten, die sich über alle Rivalen durchsetzen konnten. Sie wurden die eigentlichen Gründer von Nationalstaaten. Autoritäre und charismatische Führer, wie *Porfirio Díaz* in Mexiko, *Estrada Cabrera* in Guatemala oder noch *Vicente Gómez* anfangs dieses Jahrhunderts in Venezuela, verkörperten den Staat in allen seinen Ausformungen; sie waren, um einen amerikanischen Autor (*W. Stokes*) zu zitieren, «in einer Person Gesetz, Verfassung, Partei, Fahne und politisches Prinzip». Der Caudillismo als Struktur und Verhaltensnorm prägte die lateinamerikanische Politik so umfassend, dass sich seine Wirkungen bis in die Gegenwart hinein – zum Teil in reinster Form, anderswo relativiert durch neue Momente – feststellen lassen. Der Caudillismo ist *die* politische Grundstruktur des Kontinents.

Besonders im Süden, in Argentinien, Uruguay und Chile, wurde aber das oligarchische System gegen Ende des 19. Jahrhunderts langsam aufgebrochen durch die politischen Aspirationen von Einwanderern, die im Gegensatz zu den iberischen Konquistadoren jetzt aus einem industrialisierten und politisch weiterentwickelten Europa kamen. Sie nahmen die Herausforderung der existierenden Machteliten an, gewannen durch ihre zahlenmäßige Überlegenheit und ihren wachsenden

Beitrag zur nationalen Wirtschaft Einfluss und schliesslich die Macht. Der bürgerliche Radikalismus der neuen «Mittelschichten» fand seine gültigste Form im sozial und ökonomisch (in Relation zum agrarisch-oligarchischen Vorgänger) fortschrittlichen Staat des Gründers der argentinischen Radikalen Partei, *Irigoyen*. Der Urbanisierungs- und Industrialisierungsprozess der jüngeren und jüngsten Vergangenheit brachte schliesslich, meistens als rasche Ablösung des Radikalismus, als neueste Faktoren kleinbürgerliche, ab und zu schon «proletarische» Gruppen ins politische Spiel, deren Zielvorstellungen, oft als national-revolutionär umschrieben, noch deutlicher als die der radikalen Vorgänger die Durchsetzung demokratischer und sozialer Reformen waren und sind. Artikulation fanden sie in einer Bewegung, die man recht verschwommen als «Populismus» bezeichnet und als deren Exponenten *Vargas* in Brasilien, *Perón* in Argentinien und *Velasco Ibarra* in Ecuador genannt seien.

Das System integriert seine Überwinder

Betrachtet man die Geschichte Lateinamerikas seit der Unabhängigkeit, drängt sich der Schluss auf, dass es an – immer von aussen kommenden – innovativen Anstössen nicht gefehlt hat und dass ganze Generationen von Verfassungsjuristen neue Systeme «geschrieben» haben, mögen sie demokratisch, sozial oder populistisch heissen. Eine dramatische Wende oder eine tiefgreifende Erneuerung politischer Strukturen aber hat sich daraus nicht ergeben. Für die beinahe atavistische

Überlebenskraft des Caudillismo spricht, dass alle Schritte zu neuen staatlichen Organisationsmodellen über oder von autoritären Führungspersonlichkeiten getan wurden; das gilt für den Radikalen *Irigoyen* genauso wie für den Populisten *Perón*. Die Caudillos der Moderne haben im besseren Falle soziale, wirtschaftliche und technische Reformen eingeleitet, es ist ihnen aber wie den Militärdiktaturen, die ihnen vorausgingen und nachfolgten, nicht gelungen, Kontinuität in den politischen Prozess zu bringen. Neue Schichten haben in vielen Ländern zur Artikulation ihrer politischen Anliegen gefunden; bevor sie aber das herrschende System in seinen Grundfesten erschüttern konnten, wurden sie von ihm absorbiert. Die Oligarchien zeigten sich anpassungsfähig genug, ihre Interessen mit denen ehrgeiziger Mittelschichten zu verbinden, und der Arme, der es zu ein wenig Recht und Besitz bringt, ist noch immer der eifrigste Verfechter des *status quo* gewesen. Wahlen und Parteien gehören heute durchaus als äussere Formen in die lateinamerikanische Politik; als «innere» Verhaltensweise aber herrscht nach wie vor der Caudillismo. Nicht Programme bilden Parteien, sondern Loyalitäten einer einzelnen mächtigen Person gegenüber. Auch im demokratischen Venezuela beispielsweise bestimmt allein der Präsident den Kurs; erwirbt sich ein Minister zu viel Ansehen oder entwickelt er zu viel Eigendynamik, wird er ausgewechselt. Überall, wo Wahlen tatsächlich zur Macht-ablösung führen, wird jeweils der ganze Beamtenstab und die ganze Administration auch ausgewechselt; denn der neue Herr und der neue Minister muss seine eigene Klientel zufrieden-

stellen. Die grosse Masse der Besitzlosen interessiert sich begreiflicherweise ohnehin mehr um das Überleben, um Arbeitsplatz und Wohnung als darum, wer ihre Bedürfnisse und wie er sie befriedigt.

Demokratie in Lateinamerika? Überschaut man die Jahrhunderte, in denen Oligarchien, Kaziken, Diktatoren und Caudillos als einzige «Struktur» jeglichen politischen Prozess prägten, und erinnert man sich der gewaltigen Bewusstseinsveränderungen, die der Entstehung von Demokratien in Europa vorausgehen mussten, so bieten die Verhältnisse in den Ländern südlich des Rio Grande tatsächlich wenige Anhaltspunkte für einen Wan-

del zu demokratischen politischen Verhaltensweisen. Was sich jetzt gerade in einigen Ländern mit dem Wechsel von Militär- zu Zivilregierungen vollzieht, beweist nur, dass man dem demokratischen (oder, vorsichtiger gesagt, dem parlamentarischen) Organisationsprinzip aus verschiedenen Gründen wieder einmal den Vorzug vor anderen aus dem zur Verfügung stehenden Inventar gibt. Doch überall – und das ist nicht Prophetie, sondern eine realistische Schlussfolgerung – stehen der nächste Putsch und der nächste Caudillo vor der Tür.

Christoph Mühlemann

Margaret Thatchers verblissendes Charisma

Die Regierung Thatcher hat seit ihrer Wiederwahl im Juni 1983 keine glückliche Hand gehabt. Vieles von dem, was sie unternahm, ist falsch gelaufen. Es gab Betriebsunfälle, es gab Eigentore. Ein Mangel an politischem Fingerspitzengefühl machte sich bemerkbar. Das überraschte um so mehr, als Frau Thatcher früher ein feines politisches Sensorium und eine beachtliche Fähigkeit zur Handhabung der politischen Macht gezeigt hatte. Als die Pannen sich häuften, schrieb am 7. Juli der politische Kommentator der «Financial Times» beschwichtigend, die Regierung mache nur in kleinen Belangen Fehler; im Grossen komme sie zielgerecht voran. Die «Times» entgegnete fünf Tage später in ihrem Leitartikel, eine Regierung, die in klei-

nen Dingen lauter Fehler begehe, erwecke kein Vertrauen, dass sie die grossen Angelegenheiten zu handhaben verstehe. Beide Kommentare sind verfrüht. Erfolg und Misserfolg der Regierung Thatcher lassen sich noch nicht abwägen. Ihre Ziele sind erklärterweise langfristiger Art. Man muss die Frist verstreichen lassen, ehe man zu urteilen beginnt. Hochs und Tiefs hat jede Regierung.

Auf alle Fälle sitzt die Premierministerin trotz ihrer Schwierigkeiten vorderhand fest im Sattel. Ihre Regierungsmehrheit im Unterhaus beträgt 144 Stimmen: 397 Abgeordnete ihrer Partei gegen 253 aller andern. Diese Übermacht trägt, selbst wenn immer wieder ein paar Abgeordnete der Regierungsfraktion gegen einzelne Re-

gierungsvorhaben rebellieren. Die meisten Fraktionsmitglieder bleiben bei der Stange, namentlich die vielen jungen, die 1983 zum ersten Mal ins Parlament gelangten und jetzt um Promotion rivalisieren. Vorzeitige Neuwahlen werden also kaum nötig werden, und die Legislaturperiode läuft erst im Frühsommer 1988 ab. Gelegentlich auftretende Gerüchte, dass in der Partei eine Revolte gegen Frau Thatcher ausgeheckt werde, sind vor derhand nicht ernst zu nehmen. Eine Alternative zu Frau Thatcher hat sich in der Partei noch nicht einmal gezeigt, geschweige denn etabliert. Was die Oppositionsparteien betrifft, wirken sie schwach. Die Labourpartei hat sich noch nicht von den Flügelkämpfen erholt, die sie in den siebziger und anfangs der achtziger Jahre erschütterten, und die junge Liberal-Sozialdemokratische Allianz ist noch nicht gefestigt.

Als Frau Thatcher im Mai 1979 an die Regierung gelangte, hatte sie ein klares Programm: Sie wollte die britische Wirtschaft sanieren. Sie wollte die Inflation bremsen, die Staatsausgaben reduzieren, die öffentliche Verschuldung vermindern. Die Industrie sollte ermutigt werden, wettbewerbsfähige Güter herzustellen. Der Staat sollte seinen Beitrag darauf beschränken, das dazu nötige Klima zu schaffen. Er sollte die Steuern herabsetzen und die dirigistischen Eingriffe vermindern, die die Selbstregulierung des Markts behinderten. Der Tüchtige sollte wieder freie Bahn erhalten. Das, was die Premierministerin die «guten alten englischen Tugenden» nennt: Fleiss, Unternehmungsgeist, Sparsamkeit, Bürgersinn und Anstand, sollte wieder zu Ehren gelangen.

Der rein wirtschaftspolitische Teil des Programms bezweckte zunächst einmal zweierlei. Die zahllosen unrentablen Unternehmen, die von Subventionen lebten, sollten eingehen, und die weitverbreitete personelle Überbesetzung in den einzelnen Betrieben, das sogenannte *overmanning*, sollte verschwinden. Frau Thatcher verhehlte nicht, dass sie dem Land eine schmerzhaft Kur verschrieb. Sie anerkannte, dass die Kur Arbeitslosigkeit schaffen werde. Aber sie versicherte, die Arbeitslosigkeit werde rasch vorübergehen, denn die sanierte Industrie werde aus sich heraus neue, dauerhafte Arbeitsplätze hervorbringen und auf diese Weise die Arbeitslosigkeit wieder beheben. Ein Linderungsmittel gegen die als vorübergehend bezeichneten Schmerzen der Kur stellte sie nicht in Aussicht. Vorsorglich begann sie sofort damit, die Gewerkschaften zu bändigen, also die Kraft, die sich allen früheren gleichgerichteten Sanierungsversuchen erfolgreich entgegengestellt hatte.

Die Rosskur

Frau Thatcher war nicht der erste britische Regierungschef, der mit einem solchen Programm antrat. Heath hatte sich 1970 identische Ziele vorgenommen, und andere vor und nach ihm hatten Ähnliches versucht. Doch sie alle bekamen bei den ersten Schmerzen, die ihre Medizin dem Volk verursachte, Angst vor dem eigenen Mut und vollzogen Kehrtwendungen. Das führte zu der *Stop-Go*-Politik, die seit den fünfziger Jahren für Grossbritannien typisch war. Frau Thatcher dagegen blieb ihren Überzeugungen treu.

Dabei waren in ihrem Fall die schmerzhaften Folgen der Medizin besonders heftig, weil die Sanierungskur zusammenfiel mit der weltweiten Rezession, so dass die Auswirkungen sich kumulierten.

Die Bankrotte häuften sich, die Arbeitslosenzahl schnellte in drei Jahren von 1,3 Millionen auf 3,2 Millionen, doch Frau Thatcher zeigte sich davon unberührt. Zweifel an der Zweckdienlichkeit der Rosskur wurden geäußert, auch innerhalb der Regierungspartei, der Parlamentsfraktion, sogar innerhalb der Regierung selber. Doch die Premierministerin liess sich nicht vom eingeschlagenen Weg abbringen. Kabinettskollegen, die unsicher wurden, bezeichnete sie öffentlich als Waschlappen. Kritik an ihrem Programm beantwortete sie stereotyp mit dem Sätzchen: «There is no alternative» – es gibt keine Alternative. Ihre Popularität sank. Die Engländer waren weder an solche Rosskuren noch an solchen Starrsinn gewohnt. Bisher hatte man in diesem Land die Bereitschaft zum Geltenlassen anderer Meinungen, die Bereitschaft zu Kompromissen hochgehalten. Frau Thatcher bezeichnete Kompromisse als Ausgeburt des Teufels. Sie erschien ihren Mitbürgern rechtshaberisch, arrogant, herrschsüchtig.

Dann fiel aus heiterem Himmel der Falkland-Krieg. Buenos Aires besetzte die von Argentinien beanspruchte, aber in britischem Besitz befindliche Inselgruppe. Die Premierministerin trat dem argentinischen Militär mit der gleichen Unbeugsamkeit entgegen wie den Kritikern zuhause. Und sie hatte Erfolg. Augenblicklich schnellte ihre Popularität in die Höhe. Nicht bloss, weil sie den Nationalstolz und

das Ehrgefühl des britischen Volks befriedigt hatte, sondern weil jetzt das Volk das, was es bisher als Starrköpfigkeit kritisiert hatte, als lobenswerte Standfestigkeit akzeptierte. Die Parlamentswahlen, die die Premierministerin ein Jahr nach dem Falkland-Krieg vorzeitig ansetzte, trugen ihr eine überwältigende Regierungsmehrheit ein.

In ihrer ersten Amtszeit von 1979 bis 1983 erzielte Frau Thatcher beachtliche Erfolge. Sie verlangsamte die Inflation, brachte den Staatshaushalt unter Kontrolle und reduzierte die Neuverschuldung. Die Produktivität der Industrie stieg an. Die Streitkräfte wurden von der Sparpolitik relativ wenig berührt: Die NATO-Richtlinie einer jährlichen Erhöhung der Verteidigungsausgaben um real 3 Prozent wurde eingehalten, und zwar ohne Einschluss der aus dem Falkland-Krieg erwachsenen Kosten. Grossbritannien gibt weiterhin mehr für die Verteidigung aus als jeder andere europäische Verbündete, sowohl absolut als auch pro Kopf der Bevölkerung.

Die Regierung schuf Gesetze, die der bisherigen gewerkschaftlichen Willkür entgegenwirken. Verschiedene Arten von Streiks wurden illegal gemacht: Streiks wegen Gewerkschafts rivalitäten, politisch motivierte Streiks und Sympathiestreiks durch Gewerkschaften oder Arbeitnehmer, die weder direkt noch indirekt am betreffenden Arbeitskonflikt beteiligt sind. Auch Boykottmassnahmen gegen unbeteiligte Unternehmen wurden verboten. Das Recht, Streikposten zu stellen, wurde eingeengt. Ebenso die bisher unbegrenzte Immunität der Gewerkschaften und ihrer Funktionäre

vor dem Gesetz. Heute kann bei illegalen Streiks Schadenersatzklage gegen die Gewerkschaften erhoben werden. Verboten wurden gewerkschaftliche Monopolklauseln bei Geschäftsabschlüssen, wonach ein Auftrag nur einem Unternehmen mit gewerkschaftlich organisierten Arbeitern erteilt werden kann. Dergleichen war früher gang und gäbe, namentlich bei öffentlichen Bauten an Orten, wo die Labourpartei die zuständige Verwaltungsbehörde kontrollierte.

Frau Thatcher brachte die Engländer dazu, ihre Haltung gegenüber dem Staat, der Gesellschaft und der Arbeit zu revidieren. Die früher vorherrschende Meinung, dass der Staat jedem Einzelnen ein sorgenfreies Leben gewährleisten müsse, ging zurück. Die individuelle Leistung kam wieder zu Ehren, die Unternehmungslust wieder zum Zug. Unzählige Kleinunternehmen wurden gegründet. Die Arbeitgeber begannen unter dem Druck der Regierungspolitik, sich bei Schwierigkeiten nicht nach Staatskrücken umzusehen, sondern ihre Betriebe zu modernisieren. Die Arbeitnehmer ihrerseits steckten ihre vormals wirklichkeitsfremden Lohnerwartungen auf ein realistischeres Mass zurück.

Meritokratie

Gesellschaftspolitisch bedeutungsvoll ist eine Änderung, die Frau Thatcher an der Spitze ihrer Partei vornahm. Sie hat das Landpatriziertum, das bisher die Partei dominierte, ausgeschaltet und durch eine Meritokratie ersetzt: Leute, die wie sie, eine Gemüsehändlerstochter, durch Fleiss und Energie hochgekommen sind. Diese

Ablösung des «ancien régime» von grandseigneurhaften Landbesitzern durch Aufsteiger aus dem städtischen Kleinbürgertum hatte schon Heath begonnen, der selber ein Tischlerssohn war und unter anderem Frau Thatcher emporhalf. Aber er führte sie weniger konsequent durch als sie. Ihr erstes, 1979 gebildetes Kabinett zählte zum Beispiel unter den 22 Mitgliedern noch fünf Absolventen der Privatschule Eton, deren Ruf mehr durch den Stammbaum ihrer Schüler als durch die erteilte Ausbildung begründet ist: Lord Carrington, Lord Hailsham, Lord Soames, Sir Ian Gilmour und Francis Pym. Heute figuriert nur noch ein einziger Eton-Schüler im Kabinett, der 77jährige Lord Hailsham, im politisch wenig einflussreichen Amt des Lordkanzlers.

Nachgezogen hat Frau Thatcher Politiker wie der frühere Industrieminister Cecil Parkinson, der einer ihrer engsten Berater wurde, dann aber wegen einer Affäre mit seiner Sekretärin aus der Regierung ausschied. Er ist der Sohn eines Eisenbahnangestellten und baute sich als junger Mann mit geborgtem Geld ein spezialisiertes Bauunternehmen auf, das ihm ein Vermögen einbrachte. Arbeitsminister Norman Tebbit ist der Sohn eines Arbeiters, wurde in der RAF zum Piloten ausgebildet und steuerte nachher Passagierflugzeuge. Verteidigungsminister Michael Heseltine und Energieminister Peter Walker, die beide schon von Heath gefördert wurden, sind Selfmademen und schufen sich in den fünfziger und sechziger Jahren mit Boden- und Börsenspekulationen ein Vermögen. Auch der Aussenminister, Sir Geoffrey Howe, repräsentiert von seiner Herkunft her die neue Füh-

rungsschicht. Sein Grossvater war Arbeiter, sein Vater ein kleiner Notar, er selber gelangte mit Stipendien an die Universität Cambridge. Mit diesem Trend zur Meritokratie mag es zusammenhängen, dass Frau Thatcher, die Exponentin jenes Kleinbürgertums, dem Juden bestenfalls etwas ungeheuerlich sind, gleich deren drei im Kabinett hat: Erziehungsminister Sir Keith Joseph, der allerdings aus vermöglicher Familie stammt, Schatzkanzler Nigel Lawson und Innenminister Leon Brittan.

Misserfolge und Pannen

Den Erfolgen der ersten Amtszeit stehen Misserfolge gegenüber. Die Steuern sind gestiegen. Ebenso die Ausgaben der öffentlichen Hand im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt. Dabei war es von Anfang an eines der Hauptziele Frau Thatchers, den Staatsanteil zu vermindern. Die Arbeitslosigkeit, die unter Frau Thatcher hochschnellte, ist hoch geblieben. Sie bewegt sich seit zwei Jahren im Landesdurchschnitt konstant um 13 Prozent und erreicht in einigen Landesteilen und unter der schwarzen Bevölkerung das Doppelte und Mehrfache davon. Sie trifft hauptsächlich Jugendliche und junge Leute. Eine Generation wächst heran, von der ein grosser Teil nie gelernt hat, zu arbeiten. Frau Thatchers Vorhersage, dass die sanierte Industrie die im Sanierungsprozess arbeitslos Gewordenen rasch wieder absorbieren werde, hat sich noch nicht erfüllt, und es sieht nicht danach aus, als ob sie sich bald erfüllen würde. Ebenfalls im Gegensatz zur Regierungsabsicht hat die Zentralisierung

zugenommen. Die Zentralregierung nimmt mehr und mehr Verwaltungsbereiche unter ihre direkte Kontrolle, und innerhalb der Zentralregierung kontrolliert Frau Thatcher mehr und mehr Departemente. Als ihr grösster persönlicher Misserfolg muss aber betrachtet werden, dass sie es für nötig hielt, unabhängig denkende Leute, die ihr zu widersprechen wagten, auszuschalten und sich im Kabinett und im Premierministeramt mit Ja-Sagern zu umgeben.

Unsicherheit beginnt sich darüber auszubreiten, ob die in der ersten Amtszeit erzielten und mit Opfern der Bevölkerung bezahlten Erfolge von Dauer sein werden. Die Inflation hat sich in letzter Zeit wieder beschleunigt. Die Produktivität der Industrie ist zwar gestiegen, aber in andern Industrieländern auch, und in Grossbritannien stieg sie auf fragmentarische Weise. Die grossen Staatsunternehmen, namentlich Kohle, Stahl und Schiffbau, schlossen viele ihrer Betriebe, und in der Privatindustrie gingen viele Unternehmen ein. Das erhöhte die statistische Gesamteffizienz; aber nach wie vor ist in den einzelnen Industriebereichen und in zahlreichen Einzelunternehmen der Ausstoss pro Arbeiter in Grossbritannien erheblich kleiner als in andern Industrieländern. Auch verwertet die britische Industrie Neuinvestitionen schlechter, als ihre Konkurrenten im Ausland es tun; sie erzielt pro neuinvestierter Kapitaleinheit weniger Ausstoss als jene. Die Gewerkschaften ihrerseits sind keineswegs gebändigt, bloss unter dem Druck der hohen Arbeitslosigkeit Argumenten der Wirtschaftlichkeit zugänglicher geworden. Das könnte sich wieder ändern, wenn einmal dieser Druck, wie

zu hoffen ist, nachlässt. Die neuen Gewerkschaftsgesetze haben sich erst bei Auseinandersetzungen mit schwachen Gewerkschaften bewährt. Beim gegenwärtigen Bergarbeiterstreik hielt die Regierung die davon betroffenen Staatsunternehmen bisher davon ab, vor den Richter zu gehen, obwohl die Gesetze täglich in krasser Weise verletzt werden. Aus taktischen Gründen mag diese Zurückhaltung in diesem Fall angebracht sein; auf lange Sicht schwächt sie ganz allgemein die Achtung vor dem Gesetz.

Hat Frau Thatcher noch ein kohärentes Regierungsprogramm? Ihr Wahlmanifest von 1983 hielt sich an Allgemeinheiten. Es versprach die Beibehaltung des bisherigen Kurses, gab aber keine präzise Auskunft über konkrete Vorhaben. Ein umfassendes Programm ist auch heute nicht zu erkennen. Deutlich sichtbar sind die Hauptziele und die grossen Linien, aber ein detaillierter Gesamtplan oder auch nur eine Gesamtskizze fehlt. Die Regierung nimmt Dinge in Angriff, ohne vorher im einzelnen ausgearbeitet zu haben, wie sich das Vorhaben am besten verwirklichen lässt, welche Auswirkungen es haben wird und ob es mit andern Regierungsanliegen vereinbar ist. Die sich häufenden Pannen sind die Folge davon.

Mehr und mehr Energie und politisches Kapital wendet die Regierung an Vorhaben auf, buchhalterische hauptsächlich, von denen keineswegs feststeht, dass sie den erhofften Nutzen bringen werden. Die Lokalverwaltungsreform zum Beispiel, die in hürdenreicher parlamentarischer Behandlung steht, soll Einsparungen bringen, aber eine zum gleichen Zweck durchgeführte Lokalverwaltungsreform der

Regierung Heath anfangs der siebziger Jahre brachte am Ende Mehrausgaben. Gleichzeitig lässt die Regierung Aufgaben liegen, deren Lösung zur Verwirklichung ihrer Gesamtziele wichtiger wäre. Geschafft werden müsste zum Beispiel eine systematische Berufsausbildung. Sie fehlt in Grossbritannien weitgehend. Anstelle eines Berufsdiploms qualifiziert da der Gewerkschaftsausweis zur Berufsausübung. Der Gesundheitsdienst und das Sozialdienstwesen müssten revidiert und neu gestaltet werden. Denksätze dazu werden geleistet, aber die Arbeit daran beim ersten Widerstand fallen gelassen. Der Nordirland-Konflikt sollte gelöst oder zumindest ernsthaft angegangen werden. Die Regierung beschränkt sich darauf, die dortige Gewalttätigkeit auf einem «akzeptablen Mass» zu halten. Der Falkland-Konflikt mit Argentinien und der Streit mit Spanien um Gibraltar bedürften frische Gedanken.

Sorgen mit der EG

Genauer durchdenken müsste die Regierung auch ihr Verhältnis zur EG. Hier zeigt sich besonders eindrücklich, wie Frau Thatcher sich die Verwirklichung ihrer Anliegen erschwert durch den Ton, den sie dabei anschlägt. Ihr Anliegen in dieser Sache ist keineswegs un-gemeinschaftlich, wie einige Partner behaupten. Es ist auch nicht auf die EG-Ausgleichszahlungen an Grossbritannien beschränkt, um die endlos gestritten wird. Dieser Streit ist bloss der an sich nebensächliche Kristallisationspunkt eines Konflikts, der auf Interessengegensätzen basiert. Diese ergeben sich aus der agrarpoliti-

schen Orientierung des EG-Haushalts, die sich für Grossbritannien mit seiner kleinen und effizienten Landwirtschaft nachteilig auswirkt und laut Frau Thatcher ohnehin nicht mehr zeitgemäss ist.

Frau Thatcher möchte die Kriterien der Wirtschaftlichkeit, die sie ihrem Land aufzwingt, auch in die EG eintragen. Sie möchte die gemeinschaftliche Agrarproduktion dem freien Markt aussetzen und das entsprechend umstrukturierte EG-Budget einer strengeren Kontrolle und Haushaltsdisziplin unterstellen. Ihrer Meinung nach ist die EG-Agrarpolitik, die in der Vergangenheit der europäischen Landwirtschaft zu grossen Fortschritten verhalf, zum unersättlichen Moloch geworden. Sie bewirke vor allem geldverschlingende Agrarüberschüsse, die erst noch unsinnigerweise an die Sowjetunion verschleudert würden, was dort Mittel und Kräfte für die Rüstung freisetze. Gewaltige Einsparungen im Agrarbereich seien möglich und könnten zur Finanzierung zeitgemässer gemeinschaftlicher Aufgaben dienen: Umweltschutz, Energieerzeugung, Sozialpolitik, Forschungsprojekte und Industrieunternehmen. Weiter müssten laut Frau Thatcher die Schranken beseitigt werden, die in der Gemeinschaft noch bestehen. Sie sagt, der «Gemeinsame Markt» sei immer noch kein gemeinsamer Binnenmarkt. Die Abschaffung der Tarifschranken habe nur einen ersten Schritt dargestellt. Andere Schranken, einschliesslich unnützer Formalitäten, seien noch zu entfernen, namentlich beim grenzüberschreitenden Warentransport, beim Luftverkehr und beim Versicherungswesen. Ebenfalls zu beseitigen seien die Hindernisse, die die

Entwicklung gemeinschaftlicher Industriestrukturen und Forschungsprojekten im Wege ständen. Es besteht kein Zweifel, dass alle diese Anliegen gerechtfertigt und zum Nutzen der gesamten Gemeinschaft bestimmt sind. Unterstützung dafür würde sich bei den Partnern bestimmt mobilisieren lassen, wenn Frau Thatcher geschickter dabei vorgehe.

Drei Oppositionsführer

Wie steht es mit der britischen Opposition? Die Labourpartei erlitt bei den Wahlen von 1983 ein beispielloses Debakel. Sie war in zwei sich zerfleischende Flügel zerrissen, und Parteichef Michael Foot, ein liebenswürdiger Literat, erschien den Stimmbürgern nicht als ein zum Regieren Geborener. Nach der Wahlniederlage ersetzte ihn die Partei durch den damals 41jährigen Walisen Neil Kinnock. Sie sah in ihm die jugendliche Schwungkraft, deren sie dringend bedarf, und sie hielt ihn für einen Politiker, der es in sich hat, populär zu werden. Er ist umgänglich, ungezwungen, fröhlich, ein witziger Plauderer.

Dass Kinnock wenig politische Erfahrung besass, nie ein Regierungsamt innegehabt hatte, erschien damals der Partei belanglos angesichts der Tatsache, dass er vier Jahre Zeit haben würde, um sich auf den nächsten Wahlkampf und auf das Regieren vorzubereiten. Tatsächlich hat Kinnock das eine oder andere gelernt. Aber bei Wortgefechten im Unterhaus ist er Frau Thatcher nach wie vor nicht gewachsen. Er kommt nicht gegen ihre enormen Kenntnisse auf, besitzt selber recht wenige, und er ver-

fügt nicht über ihre Schlagfertigkeit. Seine Rhetorik ist altväterisch, gewunden, wirkt hilflos im Vergleich mit Frau Thatchers direkter Sprache. Seine politischen Vorstellungen und Überzeugungen sind weitgehend unklar. Vorderhand war er vor allem bestrebt, eindeutigen Stellungnahmen auszuweichen. Im Spektrum der Partei steht er etwas links von der Mitte. Er befürwortet die unilaterale nukleare Abrüstung, aber seine Kenntnisse und Erfahrungen auf diesem Gebiet sind bescheiden – genau wie in allen andern Belangen.

Der wirksamste Debattier auf Seiten der Opposition im Unterhaus, vielleicht sogar der beste neben Frau Thatcher, ist der 46jährige ehemalige Arzt und Labour-Aussenminister David Owen, Parteichef und Gründungsmitglied der Sozialdemokratischen Partei, die 1981 von der Labourpartei abgesplitterte und sich später mit der Liberalen Partei zur Liberal-Sozialdemokratischen Allianz verbündete. Owens Aufstieg als Parlamentarier begann während des Falkland-Konflikts von 1982. Er teilte damals die Auffassung Frau Thatchers, dass der argentinische Gewaltakt nicht toleriert werden könne und Buenos Aires seine Truppen abziehen müsse. Aber in jeder Phase des Konflikts und des Kriegs trat er mit Vorschlägen hervor, die beachtet und erörtert wurden und die alle dazu bestimmt waren, Wege zu künftigen Verhandlungen offen zu halten.

Diese Übereinstimmung im Grossen und Divergenz im Detail ist das Merkmal der Opposition Owens zu Frau Thatcher geblieben. Dadurch gerät er zunehmend in Widerspruch zu seinem eigenen parteipolitischen Ziel. Er will

eine gemässigte Alternative zur Labourpartei bieten, wirkt aber selber mehr und mehr als eine gemässigte Alternative zu Frau Thatcher. Seine Partei macht nur mehr wenig Fortschritte. Ihre Mitgliedschaft schrumpft. Ihre wenigen einstmals prominenten Politiker neben Owen, wie Roy Jenkins und Frau Shirley Williams, sind praktisch verstummt. Owen wirkt wie ein General ohne Fussvolk und Offiziere.

Die Liberale Partei ihrerseits hat zwar Fussvolk, und ihr Parteichef David Steel erscheint in Meinungsumfragen immer als der gegenwärtig populärste Politiker im Land; aber niemand glaubt, dass er das Zeug zum Regierungschef in sich hat. Er steht völlig im Schatten Owens, namentlich im Parlament. Das schafft zwischen den beiden Politikern und zwischen ihren Parteien Spannungen. Diese werden verschärft durch politische Differenzen. Die Liberalen tendieren zum Beispiel zur unilateralen nuklearen Abrüstung. Die Sozialdemokraten sind entschiedene Multilateralisten. Genau wie die Labourpartei hat aber auch die Allianz bis zu den nächsten Wahlen noch vier Jahre Zeit, mit ihren inneren Problemen fertig zu werden.

Vorderhand wirkt seit dem überwältigenden Wahlerfolg Frau Thatchers das Oberhaus, die zweite Parlamentskammer, als effektive parlamentarische Opposition. Allerdings kann das Oberhaus die vom Unterhaus verabschiedeten Vorlagen nicht annullieren; aber es kann deren Inkraftsetzung zwei Jahre lang aufhalten. Da jedoch die Regierung Thatcher kaum je so lange warten will oder kann, hat sie bereits mehrmals ihre Vorlagen den Wünschen des Oberhauses gemäss ab-

ändern müssen. Das ist eine wichtige Entwicklung. Das Oberhaus wird nicht gewählt, sondern vom weltlichen und geistlichen Adel gebildet. Es enthält eine eingebaute, unablässig sich verbende Mehrheit der Konservativen. Deshalb spielte die Labourpartei schon oft mit dem Gedanken, es abzuschaffen. Doch jetzt profitiert Labour vom Oberhaus, da dieses die Oppositionsfunktion ausübt, die die Labourpartei im Unterhaus wegen der überwältigen-

den Regierungsmehrheit nicht zu erfüllen vermag. Die Lords fühlen sich der Parteidisziplin weniger stark verpflichtet als die Abgeordneten im Unterhaus. So gewährleistet das althergebrachte britische Regierungssystem immer von neuem, dass einem gelegentlich durchbrechenden Übereifer Einhalt geboten wird.

Roger Bernheim

Brief aus Athen: Im Dschungel der Information

Einer der bekanntesten Journalisten Griechenlands, Pavlos Paläologos, pflegte, als ihm noch jeden Tag eine Kolumne der damals venizelistisch-liberalen, inzwischen sozialistisch gewordenen Zeitung «*To Vima*» zur Verfügung stand, zu schreiben: «*Wir Griechen lesen nicht gerne. Sieht man irgendwo einen Mann oder eine Frau mit einem Buch, so kann man sicher sein, dass es ein Ausländer oder eine Ausländerin ist.*» Paläologos ist inzwischen pensioniert. Doch seine Feststellung über die Lesefaulheit seiner Landsleute trifft noch immer zu. Und sie gilt nicht nur in bezug auf Bücher, sondern weitgehend auch in bezug auf Zeitungen.

Gewiss, die Presse hat etwas Flüchtiges, Ephemerer an sich. Nicht von ungefähr heisst die Zeitung auf Griechisch *Ephimerida* (*Ephemeris*). Zeitungslektüre sollte daher selbst lesefaule Leute nicht sonderlich anstrengen. Sie kann ja schnell erledigt werden. Und dennoch: Falls bestimmte

Untersuchungen und Statistiken die Wirklichkeit getreu widerspiegeln, ist die Zeitungslesefreudigkeit in Hellas sogar verhältnismässig kleiner als in der Türkei, wo der Analphabetismus zweifellos ein viel grösseres Problem darstellt als in Griechenland. Zur Zeit erscheinen in Athen 16 Tageszeitungen. Obschon im «Wasserkopf» Griechenlands rund 4 Millionen Einwohner leben, verkaufen alle Zeitungen zusammen hier nur etwas mehr als 400 000 Exemplare.

Doch das Problem liegt nicht nur in der Quantität, sondern auch in der Qualität. Von wenigen löblichen Ausnahmen abgesehen, ist das Niveau der griechischen Presse heute tief. Ein Grundübel ist die politische Schwarzweissmalerei, deren sich viele Blätter bedienen, um jene unter ihren Lesern zu befriedigen, welche nicht die Information suchen, sondern die Bestätigung ihres eigenen fanatischen Engagements für dieses oder jenes Lager. Tatsachen und Meinungen werden da-

bei oft derart vermengt, dass es unmöglich wird, zwischen Mythos und Wahrheit zu unterscheiden. Wer sich in Hellas ein einigermaßen zuverlässiges Bild über die Geschehnisse machen will, muss täglich die gesamte Presse und nicht nur eine einzige Tageszeitung lesen. Dem Durchschnittsleser ist dies jedoch schon aus finanziellen Gründen nicht möglich. Gewiss, dieses Phänomen ist nicht ausschliesslich griechisch. Doch in Griechenland ist das Problem zur Zeit besonders akut.

Gesamthaft betrachtet ist die griechische Presse pluralistisch, obwohl man ein bewusst liberal-zentristisches Blatt vermisst, wie es seinerzeit die eingangs erwähnte Zeitung *«To Vima»* war, welche dem Pressekonzern von Christos Lambrakis angehört. Die Aufgabe eines liberalen Forums erfüllt nun zum Teil die einst streng konservative *«Kathimerini»*, welche von Frau Eleni Vlachou herausgegeben wird und die Linie der «aufgeklärten Rechten» verfolgt. Der kommerzielle Erfolg der *«Kathimerini»* entspricht jedoch keineswegs ihrer Qualität. Auflagemässig wird das seriöse Blatt von Boulevard-Zeitungen weit überflügelt, die zudem im Dienst einer öden politischen Monokultur stehen. Beängstigende Parteilichkeit ist überhaupt eines der Hauptmerkmale der meisten griechischen Zeitungen, ob sie nun rechtsausen, rechts, links oder linksausen stehen.

Ein Manichäismus in Berichterstattung und Kommentierung weht durch Griechenlands Blätterwald: hier die verdammte oder gepriesene Rechte, die *Dexia*, dort die verhasste oder geliebte Linke, die *Aristera*. Im besonderen Mass wird dieser Manichäismus seitens des grössten Blattes des Lan-

des, der linksgerichteten Zeitung *«Ethnos»*, praktiziert, über deren rasanten Aufstieg hier bereits berichtet worden ist¹. *«Ethnos»* ist die «anti-imperialistische Zeitung» in Kleinformat. Die «Information», die sie in journalistisch gekonnter Aufmachung in Tabloidformat vermittelt, ist monolithisch-eindimensional, der «amerikanische Imperialismus» wird verurteilt, am sowjetischen Expansionismus kein Anstoss genommen. Die Zeit habe gezeigt, so konnte man zum Beispiel in ihrer Ausgabe vom 3. August 1984 in einem Bericht aus Paris lesen, dass der griechische Regierungschef Andreas Papandreou bezüglich des Abschusses eines südkoreanischen Flugzeugs sowie der Afghanistan- und Polenfrage zu Recht eine vom Westen, insbesondere von der seitens Reagans praktizierten Politik des Kalten Krieges, abweichende Haltung einnehme.

In der gerichtlichen Auseinandersetzung mit dem griechischzypriotischen Journalisten Pavlos Anastasiadis (Paul Anastasi), der in seinem Buch *«Nehmt die Nation in eure Hände!»* die These aufstellte, die «antiimperialistische Zeitung» sei in Zusammenarbeit mit der KGB-Desinformationsabteilung ins Leben gerufen worden, hat *«Ethnos»* bis jetzt gesiegt. Das Athener Appellationsgericht hat vor einiger Zeit Anastasiadis, wie schon das erstinstanzliche Strafgericht, der Verleumdung für schuldig befunden. Der Verfasser des Buches *«Nehmt die Nation in eure Hände!»* wurde aber zu einer milderen Strafe verurteilt: anstelle von zwei Jahren erhielt er «lediglich» ein Jahr Gefängnis. Die Gefängnisstrafe konnte in eine Geldstrafe umgewandelt werden. Das Gericht hat die Beschlagnahme des Buches Anas-

tasiadis' angeordnet. Das Verfahren ist allerdings noch nicht abgeschlossen. Wie man vernimmt, wird sich auch der Areopag, das oberste Gericht Griechenlands, damit zu befassen haben. Doch der wohl wichtigste Aspekt der ganzen Angelegenheit ist nicht der juristische, sondern der politische. Ob die These Anastasiadis' zutrifft oder nicht, eines steht fest: «*Ethnos*» will «antiimperialistisch» sein und ist stolz auf diese Haltung.

Monolithisierung – links und rechts

Differenziertheit in der Darstellung und Beurteilung der Dinge hat in der griechischen Presse Seltenheitswert. Dies gilt leider nicht nur für linke Blätter wie «*Ethnos*» oder gar für das Sprachrohr der moskautreuen KP Griechenlands (KKE), den «*Rizospastis*». Es gilt auch für manch rechtsgerichtetes Blatt – von den rechtsextremistischen Zeitungen (etwa der juntafreundlichen «*Eleftheri Ora*») ganz zu schweigen. Dabei machen es die rechtsgerichteten Berichterstatter und Kommentatoren dem viele Schattierungen aufweisenden linken Lager in Hellas sehr oft leicht, da sie sich weder durch journalistisches Know-how noch durch politischen Spürsinn auszeichnen. Christos Pasalaris, ein arrivierter Presseemann, der die gemässigt rechtsgerichtete Athener Mittagszeitung «*Mesimbrini*» leitet, schrieb unlängst nicht ganz zu Unrecht, die der gouvernementalen Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (Pasok) nahestehenden Zeitungen seien im allgemeinen besser gemacht als die rechtsoppositionellen. Das dürfte vielleicht zum Teil erklären, weshalb letztere eine Leser-

zahl aufweisen, die unter dem Stimmenanteil der Rechten liegt. Bei den Europawahlen vom 17. Juni dieses Jahres fielen rund 40 % der Stimmen auf die Rechte und etwa 60 % auf die (sozialistische und kommunistische) Linke. Doch in Grossathen verkaufen die neun Pasok-freundlichen bzw. kommunistischen Blätter 300 000 Exemplare täglich, während es die rechtsoppositionelle Presse (7 Blätter) mit Ach und Krach bloss auf 120 000 bringt.

«Besser gemacht» unter dem Gesichtspunkt des journalistischen und verlegerischen Handwerks, von dem Pasalaris sprach, ist natürlich nicht oder zumindest nicht immer gleichbedeutend mit einwandfreier Erfüllung der Informationspflicht. Die mehr oder weniger gouvernementale Mittagszeitung «*Avriani*» bringt es durch einen aggressiven, wirkliche oder öfters vermeintliche Skandale «zu Lasten des Volkes» geisselnden Journalismus fertig, in der Region Athen–Piräus mehr als 60 000 Exemplare zu verkaufen, während die seriöse und nüchterne «*Kathimerini*» nur mit Mühe einen Drittel dieser Auflage erreicht. Die «*Avriani*» ist allerdings billiger als die meisten Blätter – billiger auch im Preis. Die Mittagszeitung des Lambrakis-Konzerns «*Ta Nea*» hat immer noch eine recht hohe Auflage, obschon ihr die Konkurrenz des Spitzenreiters «*Ethnos*» schwer zu schaffen macht. Die innenpolitische Berichterstattung und Kommentierung seitens der Lambrakis-Mittagszeitung bewegt sich etwa im folgenden Rahmen: Unterstützung der Regierung, vor allem des «charismatischen Politikers Andreas Papandreou», der in ihrer Optik sozusagen unfehlbar ist,

während seine Minister sich nicht selten Fehler zuschulden kommen lassen, Verurteilung der «verhassten Rechten», welche in den Abfalleimer der Geschichte gehöre, Schonung der moskautreuen KP Griechenlands (KKE), deren Thesen nicht selten grosse Publizität verliehen wird. Im Bereich der Aussenpolitik, deren Interdependenz mit dem innenpolitischen Sektor in Hellas besonders stark ist, gebärdet sich auch das Lambrakis-Mittagsblatt in der Regel «anti-amerikanisch», obschon der «Antiimperialismus» hier nicht das gleiche Ausmass annimmt wie bei «Ethnos». Ab und zu stösst man in «Ta Nea» auch auf bemerkenswerte Beiträge. Meistens stammen diese dann von der Feder eines Mitarbeiters, der nicht zum Redaktionsstab gehört.

To Vima – Verlorener Nimbus

«To Vima» war lange Zeit wohl die beste Zeitung Griechenlands. Leider geriet das Morgenblatt des Lambrakis-Konzerns aber dann in den Sog des untergehenden liberalen Zentrums. Ohne allzu grosse innere Überzeugung verwandelte sich das einst liberale Blatt in ein im Vergleich zwar eher gemässigtetes Sprachrohr der Pasok. Die Zeitung, die stets von der guten geschäftlichen Situation anderer Lambrakis-Presseerzeugnisse profitieren konnte, musste aus finanziellen Gründen, nachdem die Pasok die Regierungsverantwortung übernommen hatte, vorübergehend auf die Erscheinungsform des Wochenblattes umstellen. Seit einiger Zeit erscheint sie wieder täglich, und zwar im modischen Tabloidformat. Ein Boulevardblatt ist

«To Vima» sicher nicht. Die Information, welche die Zeitung vermittelt, ist zweifellos besser als bei manchen anderen griechischen Zeitungen. Doch der Nimbus der Objektivität und Nüchternheit scheint von «To Vima» schon längst zur «Kathimerini» hinübergewechselt zu haben.

Prozesslustige Pasok

Nicht zuletzt wegen der Tendenz eines grossen Teils der griechischen Presse, durch «sensationelle Nachrichten» im harten Existenzkampf zu bestehen, kommt es nicht selten zu Verleumdungsprozessen. Allerdings spielt hier auch die Tatsache eine Rolle, dass die Regierung bzw. die Regierungspartei auf Kritik äusserst empfindlich reagiert und immer gleich zum Kadi rennt.

Zwei engagierte Blätter der Rechtsopposition, die Mittagszeitung «Vradyni» und das Morgenblatt «Akropolis», machten in letzter Zeit diesbezüglich unangenehme Erfahrungen. Es muss zwar eingeräumt werden, dass ein Teil der rechtsoppositionellen Presse mit der Regierung alles andere als zimperlich umspringt und sich nicht selten der bereits erwähnten Schwarz-Weiss-Malerei «im Interesse des Kampfes gegen die marxistische Front» bedient. Andererseits fällt auf, dass die Pasok-Gewaltigen nur gegen rechtsoppositionelle Blätter gerichtlich vorgehen, obschon die «inkriminierten» Nachrichten manchmal auch in der Pasok-freundlichen Presse veröffentlicht werden.

Die seit einiger Zeit in Athen erscheinende Mittagszeitung «Romiosini» versteht sich als Sprachrohr der

«nicht degenerierten Pasok-Kräfte». Von dieser Warte aus übt das Blatt Kritik an bestimmten Exponenten der «Bewegung» und verbindet diese Kritik mit «Enthüllungen» über eine Verschwörung zugunsten des «Establishments». Zu einem Prozess gegen die «*Romiosini*» ist es bisher nicht gekommen. Der verantwortliche Redaktor wurde allerdings aus der Pasok ausgeschlossen. Ähnlich geht es in anderen Fällen. Die rechtsgerichtete «*Akropolis*» veröffentlichte die Nachricht, Papandreou trage sich mit dem Gedanken, bestimmte seiner Abgeordneten bei den kommenden nationalen Parlamentswahlen nicht mehr auf die Wahllisten zu nehmen. Analoge Informationen veröffentlichte auch die linksgerichtete «*Eleftherotypia*», die trotz ihrem grundsätzlichen Engagement für die Regierung nicht selten eine bemerkenswert kritische Haltung einnimmt. Gegen die «*Akropolis*» wurde wegen Verleumdung geklagt, gegen die «*Eleftherotypia*» jedoch nicht.

Mythos und Antimythos

Der Zeitungsleser in Hellas muss sich also, falls er die Wahrheit wissen will, durch einen Dschungel von Information und Desinformation hindurchkämpfen, wobei Desinformation – das ist vielleicht das Bedenklichste – nicht gleichzusetzen ist mit bewusster Irreführung. Viele griechische Zeitungsberichte und -kommentare sind das Spiegelbild der Vorstellungen der «Stammleserschaft» des betreffenden Blattes, die in gutem Glauben oft den Mythos für die Wirklichkeit hält. Zur Zeit ist der Mythos von einer per defi-

initionem «schlechten» griechischen und internationalen Rechten in einem grossen Teil der hellenischen Presse immer noch en vogue, zumal die rechtsoppositionelle Nea Dimokratia den ideologischen Sektor lange Zeit vernachlässigt hat und sich überhaupt der dringend nötigen organisatorischen und geistigen Erneuerung nur widerstrebend unterzieht. So nimmt der Widerstand der Rechtsopposition gegen den Mythos des politischen Gegners eher die Form eines Antimythos an denn die Gestalt einer überzeugenden, geistreichen, phantasievollen und aus dem Ideenreichtum der abendländischen Kultur schöpfenden politischen Alternative.

Das ist um so bedauerlicher, als eine ansehnliche Mehrheit der Griechen – vor allem auf dem Land – offensichtlich überhaupt keine Zeitung liest und der Flut der von der Regierung gelenkten Information durch Radio und Fernsehen ausgesetzt ist. Die Geschichte des hellenischen Rundfunks und Fernsehens ist ein Abbild der zum Teil turbulenten politischen Entwicklungen im modernen Griechenland.

Im Jahre 1930 beruhte die Organisation des Rundfunks in Hellas noch auf dem Gedanken der Gewährung eines diesbezüglichen «Konzessionsprivilegs» an einen privaten Unternehmer. In der Zeit der Diktatur Metaxas (1936–1941) war der Rundfunk, juristisch gesehen, bereits eine öffentlich-rechtliche Anstalt. Nach der deutschen Okkupation (1941–1944) wurde 1945 durch einen Verfassungsakt die «*Nationale Rundfunkanstalt*» (EIR) ins Leben gerufen und sechs Jahre später gesetzlich vorgesehen, dass Radio- und Fernsehstationen auch seitens

der Streitkräfte errichtet und betrieben werden können. In der Periode der Athener Militärdiktatur (1967–1974) fanden weitgehende Änderungen auf dem Sektor der Massenmedien statt, die nicht zuletzt mit dem Bestreben der herrschenden Obersten in Zusammenhang standen, die ideologisch-politische Indoktrinierung der Bevölkerung voranzutreiben. 1970 wurde die EIR in EIRT umbenannt, weil die betreffende öffentlich-rechtliche Anstalt nun auch Fernsehsendungen ausstrahlte. Im gleichen Jahr wurde der «*Informationsdienst der Streitkräfte*» (YENED) gegründet, in dessen Kompetenz unter anderem die Errichtung von Radio- und Fernsehstationen fiel. Die EIRT hatte eine Monopolstellung und stand unter der strengen Kontrolle des Staates. Die YENED wiederum, die ihre Anfänge, wenn auch unter anderem Namen, in den unter freiheitlich-demokratischem Gesichtspunkt nicht gerade normalen Jahren nach dem Bürgerkrieg (1946–1949) hatte, war eine Art «Staat im Staate», eine Rundfunk- und Fernsehanstalt, die nominell die Streitkräfte, substantiell aber die ganze Bevölkerung anvisierte. Wie sich versteht, kam der YENED unter dem Militärregime eine besondere propagandistische Funktion zu.

Die elektronischen Medien – Vom Regen in die Traufe

Nach der Wiederherstellung der Demokratie im Sommer 1974 machten sich beachtliche Reformbestrebungen im Sinne einer Modernisierung der elektronischen Massenmedien bzw. ihrer Emanzipierung von der jeweiligen Regierung bemerkbar; sie stiessen

allerdings in der Praxis auf zahlreiche Hindernisse und konnten nur langsam und zu einem sehr geringen Teil verwirklicht werden. Die geltende Verfassung vom 9. Juni 1975 bestimmt in Art. 15 Abs. 1, dass die verfassungsrechtlichen Vorschriften zum Schutze der Presse keine Anwendung auf Rundfunk und Fernsehen finden. Im zweiten Absatz desselben Verfassungsartikels heisst es wörtlich: «*Rundfunk und Fernsehen stehen unter der unmittelbaren Kontrolle des Staates und haben zur Aufgabe, sachlich und unter gleichen Bedingungen Informationen und Nachrichten sowie Werke der Literatur und Kunst zu übertragen; dabei haben sie unbedingt den Qualitätsstand zu wahren, der sich angesichts ihrer sozialen Aufgabe und der kulturellen Entwicklung des Landes als notwendig erweist.*»

Aus der Formulierung von Art. 15 der Verfassung ist, wie hellenische Medienrechtler unterstreichen, ersichtlich, dass die verfassungsrechtlich vorgesehene «direkte Staatskontrolle» als Garantie für Objektivität und Unparteilichkeit der betreffenden Massenmedien gedacht ist. Nach dieser Interpretation ist der Missbrauch von Rundfunk und Fernsehen seitens der jeweiligen Regierungspartei für eigene parteipolitische Zwecke verfassungswidrig. Dieser verfassungsrechtlichen Vision widerspricht leider die Praxis in den Jahren seit 1975 in mehr als einer Hinsicht.

Im Dezember 1975 liess die damalige Regierung Karamanlis vom Parlament das Gesetz 230 verabschieden, das unter anderem auf Grund eines Gutachtens des ehemaligen BBC-Generaldirektors Sir Hugh Green ausgearbeitet worden war. Nach dem neuen

Gesetz ist die Griechische Radio- und Fernsehanstalt, nunmehr ERT genannt, eine «privatrechtliche juristische Person», eine «dem griechischen Staat gehörende Aktiengesellschaft», der verschiedene Vorrechte zukommen. Zusammen mit der YENED besitzt die ERT auf dem Sektor Radio und Fernsehen ein Monopolrecht. Der Erlass der Regierung Karamanlis sah die Fusion der YENED, deren Existenz von juristischer Seite von Anfang an als verfassungsrechtlich zumindest fragwürdig betrachtet wurde, mit der ERT zu einem späteren, nicht genau fixierten Zeitpunkt vor. Diese Fusion, die als Abschaffung der YENED durch ihre völlige Integrierung in die ERT gedacht war, fand jedoch bis heute nicht statt. In der Zeit der mehr oder weniger rechtsgerichteten Regierungen der Nea Dimokratia zögerte man offenbar vor «einem Schritt, der seitens der Streitkräfte als Brückierung hätte empfunden werden können».

Die Panhellenische Sozialistische Regierung (Pasok) Andreas Papandreas, deren Repräsentanten in den Jahren 1974–1981 zu den schärfsten Kritikern der «Existenz eines Staates im Staate» zugunsten der Streitkräfte auf dem Massenmediensektor gehörten, hat sich nach der Übernahme der Regierungsverantwortung im Oktober 1981 ebenfalls nicht entschliessen können, die YENED völlig abzuschaffen. Nach längerem Zögern funktionierte die Pasok-Regierung die YENED in eine sogenannte ERT-2 um. Die besondere Rundfunk- und Fernsehanstalt der Streitkräfte ist nun also – und das stellt zweifelsohne einen beträchtlichen Fortschritt dar – entmilitarisiert. Ihre Einverleibung in die ERT, die sich nun aus Gründen der Unterschei-

dung ERT-1 nennt, ist aber «vorläufig» ausgeblieben.

In der Zeit der Nea Dimokratia zeigten sich die ERT und die YENED – nicht so sehr auf kulturellem Gebiet, auf welchem mancher «nonkonformistische» Intellektuelle zum Zuge kam, als auf dem politischen Sektor – gegenüber den Anliegen der Linksopposition verschlossen. In vielen Fällen wurden die Radio- und Fernsehanstalten als Medien zur Verbreitung gouvernementaler Ideen verstanden. Nicht wenige interessante Versuche zur Einführung eines echten ideologisch-politischen Dialogs in den Informationssendungen scheiterten an der bürokratischen Borniertheit der leitenden Gremien der ERT und der YENED bzw. an der ungerechtfertigten Angst der Regierenden vor einem Pluralismus, der diesen Namen wirklich verdient. Dazu kamen die evidenten technischen und organisatorischen Schwächen der beiden Anstalten, die sich auf die Qualität der Sendungen negativ auswirkten.

Zahlreiche Bürger und Bürgerinnen erwarteten deshalb, dass die Pasok im Zuge der versprochenen «grossen Änderung» einen «neuen Geist» in die elektronischen Massenmedien werde einziehen lassen. Die Sozialisten Andreas Papandreas hatten sich in den Jahren 1974–1981 für eine «Demokratisierung» der Radio- und Fernsehanstalten eingesetzt. Pasok-Führer Papandreou versprach vor den Parlamentswahlen vom Oktober 1981 eine «ERT für alle Griechen». Damit wurden bei einem grossen Teil des griechischen Volkes Hoffnungen auf eine «radikale Erneuerung bei den Massenmedien» geweckt, die bis heute allerdings leider nicht in Erfüllung gegang-

gen sind. Die «gouvernementale Einöde der Rechten», über welche sich die Pasok einst, manchmal zwar grob übertreibend, in vielen Fällen aber doch zu Recht beklagte, ist nun weitgehend durch eine groteske «sozialistische Monokultur» ersetzt worden, wobei «Sozialismus» so verstanden wird, wie die «Bewegung» Papandreou ihn haben will. Nach «bewährter hellenischer Praxis» werden die führenden Gremien der ERT-1 und der ERT-2 von Vertrauensleuten der Regierung kontrolliert. Zwar wird der Opposition, zum Beispiel dem jetzigen Führer der Nea Dimokratia, Evangelos Averoff, von Zeit zu Zeit erlaubt, das Fernsehen zu benützen. Diskussionen zwischen den Repräsentanten der Parteien finden jedoch nicht statt. Nachrichten und Kommentare sind bis zum Überdruß regierungskonform.

Die Pasok-«Monokultur» in den hellenischen staatlichen Massenmedien wird oft seitens griechischer Linksintellektueller mit dem Argument verteidigt, dass sie gleichsam einen «Ausgleich» zur «jahrzehntelangen Beherrschung von Radio und Fernsehen durch die Rechte» bilde. Diese Argumentation vermag unter dem Gesichtspunkt des freiheitlich-demokratischen Pluralismus nicht zu überzeugen und ist darüber hinaus – selbst unter dem Gesichtspunkt der Anliegen des neuhellenischen «Progressismus» – kurzsichtig. Es kann nicht bestritten werden, dass durch den Sieg der Pasok die staatlichen Massenmedien einem bedeutenden, mehr oder weniger linksstehenden Teil des Volkes politisch zugänglicher geworden sind. Das ist ein Fortschritt. Er wird aber durch das Streben nach Ausschliesslichkeit und Eindimensionalität rückgängig ge-

macht, zumal die «sozialistischen» Sendungen nicht selten klischeehaft und doktrinär, wenn nicht sogar naiv, anmuten, ganz zu schweigen von der auffallenden Verkümmern der neugriechischen Volkssprache.

Zwischenspiel Peponis

Im Zuge der am 17. Januar 1984 vorgenommenen Umbildung der Regierung Papandreou wurde der Posten eines für das Radio und Fernsehen zuständigen Ministers ohne Portefeuille geschaffen. Das Paradoxon, dass der Betreffende als Minister ohne Portefeuille bezeichnet wurde und dennoch bestimmte ausdrücklich festgelegte Kompetenzen haben sollte, ging auf gesetzestechnische Schwierigkeiten zurück. In der geltenden griechischen Gesetzgebung ist kein Radio- und Fernsehministerium vorgesehen, weshalb bestimmte oppositionelle Kritiker die These vertraten, dass die von der regierenden Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (Pasok) damals getroffene Regelung eine verfassungsrechtlich fragwürdige Notlösung gewesen sei.

Zum für Radio und Fernsehen zuständigen Minister ohne Portefeuille wurde Sakis Peponis ernannt. Er gehört zu jenen Pasok-Politikern, deren Herkunft zentristisch ist. Als er im ersten Kabinett Andreas Papandreou nach dem Wahlsieg vom Oktober 1981 das Industrieministerium übernahm, wurde jene Ernennung von verschiedenen politischen Beobachtern als unglücklich bezeichnet, da Peponis kein Wirtschaftsspezialist ist. Auf dem Sektor, der ihm im Januar 1984 anvertraut wurde, verfügte Peponis hinge-

gen über gute Erfahrungen und Kenntnisse. Er war in den sechziger Jahren eine Zeitlang Direktor der damaligen Radioanstalt.

Nur wenige Monate nach der Übernahme seines neuen Postens im Medienwesen musste Peponis aber demissionieren. Sein Rücktritt wurde Anfang Juli 1984 bekanntgegeben. Seine Ernennung zum Minister für Radio und Fernsehen war mit dem gouvernementalen Versprechen verknüpft worden, es habe nun eine «Ära der Gesundung» begonnen. Der Minister für Radio und Fernsehen, der mit manchem Exponenten des Apparates der «Bewegung» auf Kriegsfuss steht, stiess jedoch von Anfang an auf Intrigen und offene Polemiken vieler Widersacher im eigenen Lager. Auf die gegen ihn gerichtete Stimmungsmache reagierte Peponis meistens nervös und falsch. Er versuchte seine «unbedingte Treue» gegenüber Ministerpräsident Andreas Papandreou und der «Bewegung» vorzudemonstrieren, indem er die in den vom Staat kontrollierten Massenmedien ohnehin herrschende Pasok-«Monokultur» noch akzentuierte. Damit verscherzte er sich ein gewisses Wohlwollen, das man ihm anfänglich in gemässigten Kreisen der Rechtsopposition entgegenbrachte. Am Schluss wurde Peponis für alle Seiten unannehmbar. Ministerpräsident Papandreou liess ihn fallen. Peponis' «Demission» war im Grunde eine Ent-

lassung. Nun hat bezüglich des Radios und Fernsehens Regierungssprecher Dimitris Maroudas, einer der vielen Widersacher Peponis' im Apparat der «Bewegung», die Oberhand. Der Posten eines Radio- und Fernsehministers wurde abgeschafft. Zum Generaldirektor der ERT-1 wurde der Journalist Vasos Mathiopoulos ernannt.

Eine Befreiung des griechischen Radios und Fernsehens von der Gefahr des politischen Missbrauchs setzt allerdings nicht bloss personelle, sondern vor allem auch institutionelle Änderungen voraus; unter anderem die Besetzung der leitenden Gremien der ERT-1 und der ERT-2 mit kompetenten Leuten aus allen politischen Lagern. Solange der Gedanke der Vertretung aller ideologischen Richtungen in Radio und Fernsehen sich nicht durchzusetzen vermag, bleibt die Sachlichkeit, von der in Art. 15 Abs. 2 der Verfassung die Rede ist, eine Illusion, und aus der stipulierten Staatskontrolle im Sinn einer Garantie für Objektivität wird ironischerweise das Gegenteil: die Institutionalisierung des gouvernementalen Monopols zu Lasten der Andersdenkenden.

Pavlos Tzermias

¹ Siehe Pavlos Tzermias, «Nehmt die Nation in eure Hände!», Eine Zeitungsgeschichte in Hellas, Schweizer Monatshefte, 64. Jahr/Heft 1, S. 23 ff.